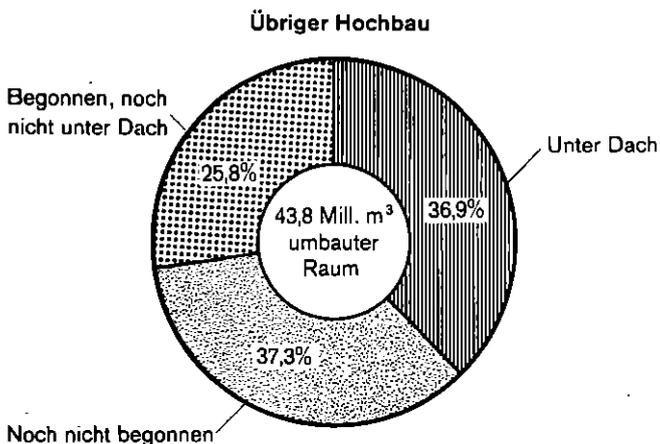
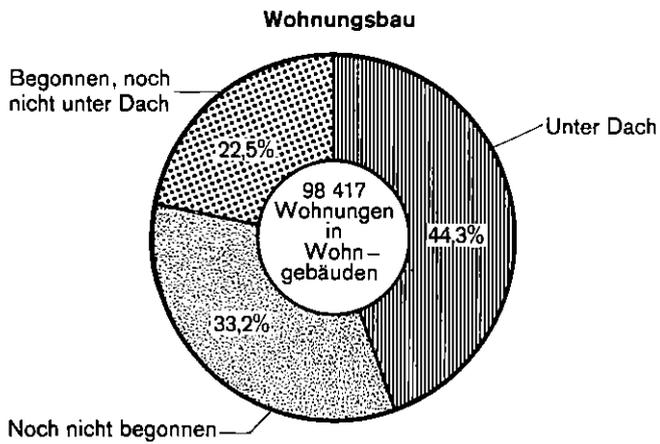


Bauüberhang¹⁾ Ende 1978



1) Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Bauvorhaben.

106 79

nungen gewesen waren. Zu den im Überhang nachgewiesenen Wohnungen in Wohngebäuden kamen Ende 1978 noch weitere 3364 Wohnungen in genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Nichtwohngebäuden sowie 5800 Wohnungen, die durch Umbau, Ausbau oder Erweiterung bereits bestehender Gebäude neu entstehen sollen, so daß der Bauüberhang insgesamt 107 581

² Vgl. H. J. Richter, Die Lage der Bauwirtschaft 1978/79, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/1979.

³ Vgl. Ebenda.

genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen enthielt. Mit einem Anteil von 48,3% war zur Jahreswende 1978/79 weniger als die Hälfte der Wohngebäude rohbaufertig, und bei fast einem Drittel (32,0%) war mit dem Bau noch nicht begonnen worden; der Rest befand sich zum Zeitpunkt der Erhebung im Rohbau. Betrachtet man die Wohnungen in Wohngebäuden, so ergeben sich ganz ähnliche Relationen mit leichter Akzentverschiebung zu Lasten der rohbaufertigen Vorhaben (*Schaubild*). Bei gut zwei Dritteln (67,8%) der im Überhang erfaßten Wohngebäude stammte die Baugenehmigung aus dem Jahr 1978, und nur 5,8% waren vor 1976 genehmigt worden.

Bei den Nichtwohngebäuden wurde mit 8603 Objekten eine Zunahme der im Überhang nachgewiesenen Gebäudezahl um 7,2% errechnet, jedoch ergab sich bei der genehmigten Kubikmeterzahl umbauten Raumes im Nichtwohnbau nur eine Zunahme von 6,2%. Damit hat der Trend zu kleineren Nichtwohngebäuden weiter angehalten: Während im Überhang 1977/78 noch jedes Nichtwohngebäude durchschnittlich 5140 m³ umfaßte, waren es im neuen Überhang nunmehr nur noch durchschnittlich 5089 m³. Bei der Untergliederung nach dem Bauzustand verschoben sich die Relationen deutlich zu Lasten des Anteils der bereits rohbaufertigen Vorhaben. Während beim letztjährigen Überhang noch 40,4% der Nichtwohngebäude als rohbaufertig gemeldet wurden, betrug der Anteil diesmal nur 37,6%. Noch deutlicher zeigt sich diese Verschiebung bei Betrachtung des umbauten Raumes, denn hier verringerte sich der Anteil des rohbaufertigen Volumens sogar von 43,4% auf 36,9%. Die günstige Genehmigungsentwicklung des Jahres 1978 auch im Nichtwohnbau führte dazu, daß bei rund 60% der im Überhang befindlichen Nichtwohngebäude die Baugenehmigung aus diesem Jahr stammt, doch war bei immerhin jedem 10. Nichtwohngebäude die Baugenehmigung älter als drei Jahre.

Zusammenfassend lassen sich besonders aus dem relativ großen Potential der im Überhang nachgewiesenen Vorhaben, bei denen noch nicht mit dem Bau begonnen wurde, für die Entwicklung der Hochbauaufträge beim Bauhauptgewerbe durchaus günstige Voraussetzungen für das Frühjahr 1979 ableiten, wie bereits schon früher dargestellt². Die Auftragsentwicklung der ersten zwei Monate 1979 bei den Betrieben des Bauhauptgewerbes scheint dies zu bestätigen, denn für diesen Zeitraum wurde eine Zunahme der Hochbauaufträge gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum von rund 26% errechnet. Für die Entwicklung im weiteren Jahresverlauf gewinnen freilich zunehmend die Genehmigungen des Jahres 1979 an Bedeutung, für die aus ebenfalls schon angeführten Gründen³, auf absehbare Zeit kein relevantes Zahlenmaterial zur Verfügung steht. Vielmehr ist bei dieser Sachlage zu befürchten, daß sich aus der Erhebung des Bauüberhangs 1979/80 ebenfalls keine aussagekräftigen Daten mehr ergeben werden.

Dipl.-Volkswirt Hans J. Richter

Konkurse und Vergleichsverfahren 1972 bis 1978

Im Jahre 1978 wurden bei den Amtsgerichten Baden-Württembergs 1258 Anträge auf Einleitung eines Insolvenzverfahrens gestellt. Damit hat sich die Zahl der angemeldeten Konkurse und Vergleiche gegenüber 1977 um 336 Verfahren verringert. Insgesamt mußten die Konkursgerichte somit ein Fünftel weniger Fälle von Zahlungsschwierigkeiten (- 21%) bearbeiten als 1977.

1978 erstmals seit Jahren starke Abnahme der Insolvenzverfahren

Ein Rückgang der Insolvenzen innerhalb eines Jahres ist in dieser Stärke in Baden-Württemberg in den gesamten 60er und 70er Jahren nicht beobachtet worden. Auch innerhalb des

Bundesgebietes (- 9%) war die Abnahmerate der Konkurse in Baden-Württemberg am stärksten. Dadurch war die Insolvenzhäufigkeit in Baden-Württemberg mit 28 Verfahren je 10 000 Unternehmen im Jahre 1978 die niedrigste im Bundesgebiet¹. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß die Zahl der Insolvenzverfahren 1978 noch doppelt so hoch war wie zu Beginn der 70er Jahre.

Die Zahl der Konkurs- und Vergleichsverfahren stieg seit 1969 ständig leicht an. Eine erste Beschleunigung dieser Entwicklung zeichnete sich in der 2. Hälfte von 1973 ab. Die damals herrschenden inflationären Tendenzen wurden durch eine Politik der Geldverknappung bekämpft. Das führte bei vielen

¹ Statistisches Bundesamt: Zahlungsschwierigkeiten 1978, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1979, S. 109.

Tabelle 1
Konkurs- und Vergleichsverfahren

Jahr	Konkurse				Vergleichsverfahren eröffnet	Insolvenzen ²⁾ insgesamt
	eröffnet	abgelehnt ¹⁾	zusammen	darunter An-schluß-konkurse		
Anzahl						
1965	168	141	309	16	34	327
1966	253	130	383	6	63	440
1967	292	202	494	21	92	565
1968	201	272	473	12	43	504
1969	227	222	449	15	35	469
1970	261	270	531	4	40	567
1971	233	333	566	10	37	593
1972	239	373	612	9	37	640
1973	339	387	726	13	49	762
1974	496	592	1088	17	97	1168
1975	474	1081	1555	20	76	1611
1976	357	1082	1439	2	38	1475
1977	329	1240	1569	2	27	1594
1978	266	971	1237	1	22	1258

¹⁾ Mangels Masse abgelehnt. — ²⁾ Konkurs- und Vergleichsverfahren ohne An-schlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.

Unternehmen zu Liquiditätsschwierigkeiten und als Folge zu einer etwas schneller wachsenden Zahl von Insolvenzanträgen. Doch lagen 1973 die 762 Konkurs- und Vergleichsverfahren insgesamt lediglich um ein Fünftel (+ 19%) über dem Vorjahresniveau. Die Stabilitätspolitik wurde 1974 zunächst noch fortgesetzt. Sie traf nun aber viele Unternehmen in einer ungünstigeren Ertragslage. Während die inflationäre Entwicklung die Kosten weiter anschwellen ließ, führten Auftragsrückgänge in der Bauwirtschaft und in der Automobilindustrie mit ihren vielfältigen Zulieferunternehmen zu immer mehr Fällen von Zahlungsunfähigkeiten bzw. Überschuldungen². Die Konkursanträge nahmen in einem vorher nicht festgestellten Tempo zu. Die Verfahren vor den Konkursgerichten stiegen von 1973 auf 1974 um die Hälfte (+ 53%). Erstmals wurde die 1000er Grenze überschritten.

Von 1973 bis 1975 Verdoppelung der Insolvenzen

Aufgrund der eingetretenen wirtschaftlichen Entwicklung wurde die Politik der Geldverknappung beendet. Trotz der eingeleiteten konjunkturfördernden Maßnahmen stagnierte jedoch 75 die Umsatzentwicklung in vielen Branchen des Produzierenden Gewerbes. Die zunehmende Arbeitslosigkeit ließ auch die Lohn- und Gehaltssummen nicht mehr im bisher gewohnten Umfang wachsen. Dadurch verschlechterte sich sowohl im Unternehmenssektor als auch im Privatbereich die finanzielle Situation. Die Zahl der gerichtlich erfaßten Insolvenzen stieg 1975 um 38% auf einen Höchststand von 1611 Verfahren.

In den Jahren 1976 und 1977 änderte sich an der Gesamtzahl der Konkurs- und Vergleichsverfahren, die bei den Amtsgerichten registriert wurden, nur wenig. 1976 erholte sich die Konjunkturlage. Das Produzierende Gewerbe und der Großhandel verzeichneten wieder stärkere Umsatzzuwächse. Die Erträge stiegen, die Liquiditätslage entspannte sich etwas. Die Insolvenzverfahren gingen leicht zurück (- 8%). Allerdings kamen die konjunkturellen Auftriebskräfte 1977 wieder ins Stocken, so daß die Zahl der gerichtlich festgestellten Zahlungsunfähigkeiten bzw. Überschuldungen fast wieder auf die Höhe kletterte, die sie 1975 erreicht hatte.

Im ersten Halbjahr 1978 verringerten sich die Insolvenzverfahren spürbar (- 17%). In dieser Periode waren neue Konjunktuelle Auftriebskräfte aber noch kaum festzustellen. In dieser Entwicklung dürfte sich bemerkbar machen, daß einige der besonders gefährdeten Gemeinschuldner bereits in den ver-

gangenen Jahren den Weg zum Konkursgericht gingen³. Als sich im Sommer 1978 das konjunkturelle Klima verbesserte, sanken die Konkurs- und Vergleichsverfahren im 3. Vierteljahr 1978 sogar um ein Drittel (- 34%) gegenüber dem Vorjahr. Allerdings schwächte sich dieser starke Rückgang im 4. Vierteljahr 1978 wieder ab (- 16%).

Unterschiedliche Entwicklung bei den Unternehmen und den übrigen Gemeinschuldnern

Die konjunkturelle Entwicklung hat die Zahlungsfähigkeit der Unternehmen und der Privatbevölkerung im Zeitablauf unterschiedlich beeinflußt. Vor dem konjunkturellen Einbruch stellten die Unternehmen etwas mehr Konkursanträge als die übrigen Gemeinschuldner. 1972 kamen 54% aller Konkursverfahren aus dem Unternehmensbereich, 1973 waren es 59%. Der konjunkturelle Einbruch im Jahre 1974 traf nun hauptsächlich die Erträge der Unternehmen und damit deren Liquidität. Der enorme Anstieg der Konkursverfahren in diesem Jahr ist fast ausschließlich auf die rasche Zunahme von Zahlungsunfähigkeiten bzw. Überschuldungen im Unternehmensbereich zurückzuführen. Fast drei Viertel aller Konkursverfahren (72%) betrafen daher im Jahr 1974 Insolvenzen von Unternehmen.

1975 verschlechterte sich die Ertragslage der Unternehmen weiter, so daß bedeutend mehr Unternehmen als 1974 Konkurs anmelden mußten. Allerdings stagnierte nun auch die Entwicklung der ausbezahlten Lohn- und Gehaltssumme. Daher häuften sich jetzt die Konkursanträge der übrigen Gemeinschuldner ebenfalls, besonders die Zahlungsunfähigkeiten von Privatpersonen. Trotzdem betrafen noch über zwei Drittel aller Konkursverfahren (69%) den Unternehmensbereich.

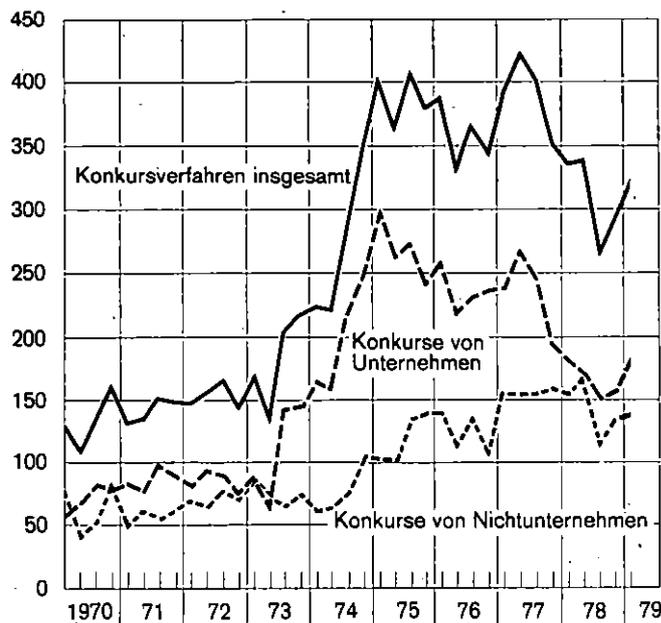
Die Unternehmensinsolvenzen in den Jahren 1976 und 1977 entsprachen in etwa der konjunkturellen Entwicklung. Der wirtschaftliche Auftrieb im Jahre 1976 verbesserte die Ertragslage und damit auch die finanzielle Situation im Unternehmensbereich. Die Abschwächung der Konjunktur im Jahr 1977 beendete zunächst auch die günstige Entwicklung der Zahlungsfähigkeit der Unternehmen. Im Gegensatz hierzu nahmen

³ Statistisches Bundesamt, a. a. O., S. 107.

Schaubild 1

Konkursverfahren von Unternehmen und Nichtunternehmen

Anzahl der gemeldeten Konkursverfahren



² Baumann, R.: Konkurse um die Hälfte gestiegen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/ 1975.

Tabelle 2
Beantragte Konkursverfahren nach Größenklassen der angemeldeten Forderungen

Jahr	Konkurse insgesamt	Darunter mit Angaben über die geltend gemachten Forderungen von ... DM bis unter ... DM						Ohne Angaben	Höhe der angegebenen Forderungen	
		unter 10 000	10 000 bis 50 000	50 000 bis 100 000	100 000 bis 500 000	500 000 bis 1 Mill.	1 Mill. und mehr		insgesamt	je Konkurs
		Anzahl							1000 DM	
Insgesamt										
1972	612	132	116	64	119	23	36	122	171 402	349,80
1973	726	145	126	71	153	51	74	106	473 461	763,65
1974	1 088	122	165	113	287	93	133	175	963 810	1 055,65
1975	1 555	243	317	164	324	119	152	236	876 748	664,71
1976	1 439	261	311	169	328	97	162	111	977 251	735,88
1977	1 589	274	299	152	316	112	166	250	815 063	617,94
1978	1 237	190	254	113	261	86	106	227	680 766	674,03
Darunter mangels Masse abgelehnt										
1972	373	110	75	35	42	5	3	103	21 662	80,23
1973	387	110	76	36	49	11	7	98	30 034	103,92
1974	592	110	124	57	116	22	17	146	91 077	204,21
1975	1 081	225	272	119	189	45	50	181	278 443	309,38
1976	1 082	248	271	141	206	51	70	95	372 056	376,96
1977	1 240	262	261	122	229	67	74	225	399 819	393,91
1978	971	177	224	97	176	51	42	204	379 511	494,80

in beiden Jahren die Konkurse von Privatpersonen und Nachlässen weiter zu. Oft waren dabei derartige Zahlungsschwierigkeiten die Folge vorausgegangener Insolvenzen von Unternehmen⁴.

Bereits im 4. Vierteljahr 1977, Monate bevor sich neue Auftriebskräfte durchsetzten, gingen nun die Konkursverfahren von Unternehmen stark zurück, eine Entwicklung, die sich 1978 fortsetzte. Das dürfte, wie bereits erwähnt, darauf zurückzuführen sein, daß einige besonders gefährdete Unternehmen ihre Tätigkeit schon in den vergangenen Jahren einstellten. Bei den übrigen Gemeinschuldnern war dagegen erst in der zweiten Hälfte von 1978 eine Abnahme der Insolvenzen zu verzeichnen. Sie bewirkte allerdings, daß im Jahresergebnis 1978 die Konkurse von Privatpersonen und Nachlässen erstmals seit 1971 wieder unter dem Vorjahresniveau lagen. Der Anteil der Unternehmensinsolvenzen an allen Konkursverfahren (54%) verringerte sich dadurch auf die im Jahre 1972 festgestellte Höhe.

Millionenkonkurse – wenig Verfahren, großer Schaden

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Konkurs- und Vergleichsverfahren lassen sich in etwa an den geltend gemachten Gläubigerforderungen ablesen. Diese zeigen nicht nur die Verluste auf, mit denen die Gläubiger rechnen müssen. Sie sind auch ein Indiz für die wirtschaftliche Bedeutung der aus dem Produktionsprozeß ausscheidenden Unternehmen bzw. der zahlungsunfähigen Privatpersonen und überschuldeten Nachlässe.

Bei vier von fünf im Jahre 1978 gestellten Konkursanträgen (82%) konnten die Amtsgerichte die Verbindlichkeiten der Gemeinschuldner bereits angeben. Sie beliefen sich auf insgesamt 680,8 Mill. DM, im Durchschnitt also 674 000 DM je Konkursverfahren. Der größte Teil der in Zahlungsschwierigkeiten bzw. in Überschuldung geratenen Bankrotteure hatte allerdings finanziell weit weniger Bedeutung. Bei mehr als der Hälfte der Konkursanträge (55%) lagen die angemeldeten Forderungen unter 100 000 DM, bei einem Viertel (26%) zwischen 100 000 DM und 500 000 DM. Nur jeder zehnte Insolvenzfall (10%) betraf einen Millionenkonkurs. Die finanzielle Auswirkung der Millionenkonkurse war jedoch erheblich. Sie verursachten vier Fünftel (82%) des gesamten finanziellen Schadens.

Erwartungsgemäß war die wirtschaftliche Bedeutung der Unternehmensinsolvenzen um ein Vielfaches größer als diejenige der übrigen Gemeinschuldner. Während bei Konkursen von Privatpersonen und Nachlässen 1978 im Durchschnitt 139 000 DM geschuldet wurden, waren es bei Unternehmenskonkursen im Durchschnitt fast 1,1 Mill. DM.

Im Zeitvergleich zeigt sich, daß in der Anfangszeit des Konjunkturéinbruchs, in den Jahren 1973 und 1974, vor allem Unternehmen von größerer wirtschaftlicher Bedeutung in Zahlungsschwierigkeiten gerieten, aber auch finanziell bedeutendere Privatpersonen bzw. Nachlässe. Die Verbindlichkeiten je Konkurs stiegen von 1972 bis 1974 auf das Dreifache. Der Anteil der Konkurse mit weniger als 100 000 DM Verbindlichkeiten verringerte sich im gleichen Zeitraum von zwei Drittel (64%) auf weniger als die Hälfte (44%).

Im Jahre 1975, im Tiefpunkt der Depression, gerieten wieder mehr Gemeinschuldner mit geringerer finanzieller Ausstattung in Zahlungsschwierigkeiten. Diese Situation änderte sich bis 1978 nur wenig.

Ab 1975 immer mehr Konkursablehnungen

Da die Höhe der Konkursverbindlichkeiten auch als Indiz für das noch vorhandene Vermögen dienen kann, sind aus der Entwicklung der Verbindlichkeiten der Gemeinschuldner teilweise auch die mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge erklärbar. Ein Konkursverfahren wird nur eröffnet, wenn die vorhandene Masse ausreicht, um wenigstens die Kosten der gerichtlichen Abwicklung des Verfahrens zu decken. Daher ist der Anteil der Konkursablehnungen bei den geringeren Verfahren größer als bei den wirtschaftlich bedeutenden Insolvenzfällen.

Im Jahre 1972 mußten 61% aller Konkursanträge mangels Masse abgelehnt werden. Als in den Jahren 1973 und 1974 besonders größere Unternehmen und übrige Gemeinschuldner in Zahlungsschwierigkeiten gerieten, sank die Ablehnungsquote auf 53% bzw. 54%. Nach 1974 häuften sich die kleineren finanziellen Zusammenbrüche wieder. Die Ablehnungsquote stieg daher kontinuierlich bis auf 79% im Jahre 1977. Im vergangenen Jahr konnte sie sich erstmals seit Jahren wieder leicht verringern (78%).

Allerdings ist die derzeitige hohe Ablehnungsquote nicht allein auf die Bedeutung kleinerer Insolvenzfälle zurückzuführen. Vielmehr ist von 1974 bis 1977 auch zu beobachten, daß die Ablehnungsquote in den einzelnen Forderungsgrößenklassen stieg. Wurden 1974 noch bei 73% aller Konkurse mit weniger

⁴ Statistisches Bundesamt, a. a. O., S. 107.

als 100 000 DM Verbindlichkeiten die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt, waren es 1977 schon 89%. Betrug 1977 die Ablehnungsquote bei den Millionenkonkursen 45%, so lag sie 1974 bei lediglich 13%. Erst im vergangenen Jahr kam diese Entwicklung zum Stillstand. Daraus kann geschlossen werden, daß bis 1977 immer mehr Schuldner erst zum Konkursgericht gingen, wenn die finanzielle Lage aussichtslos war⁶. Die Folge davon ist jedoch ein größerer Schaden für die Gläubiger. So waren in den Jahren 1972 bis 1974 lediglich 6% bis 13% aller Konkursverbindlichkeiten bei Konkursverfahren registriert, die mangels Masse abgelehnt wurden. 1978 umfaßten dagegen die in abgelehnten Konkursen festgestellten Verbindlichkeiten 56% aller in Konkursverfahren angemeldeten Verbindlichkeiten.

Kaum noch gerichtliche Vergleichsverfahren

Ähnliche Gründe dürften auch mit dafür verantwortlich sein, daß die Möglichkeit eines gerichtlichen Vergleichs kaum noch wahrgenommen wird. 1978 wurden nur noch 22 der 1258 Insolvenzverfahren über ein eröffnetes, gerichtliches Vergleichsverfahren geregelt. Je aussichtsloser die finanzielle Situation eines Schuldners durch sein immer längeres Abwarten wird, desto geringer ist auch die vorhandene Mindestvermögensbasis für einen Vergleich. Dazu dürfte kommen, daß die Gläubiger immer weniger bereit sind, ein stark gefährdetes Unternehmen durch einen gerichtlichen Vergleich am Leben zu halten, wenn die Chancen gering sind, daß sie dadurch ihre Verluste vermindern können. Allerdings muß hierzu einschränkend gesagt werden, daß die Zahl der amtlicherseits nicht notierten privaten Vergleiche unbekannt ist.

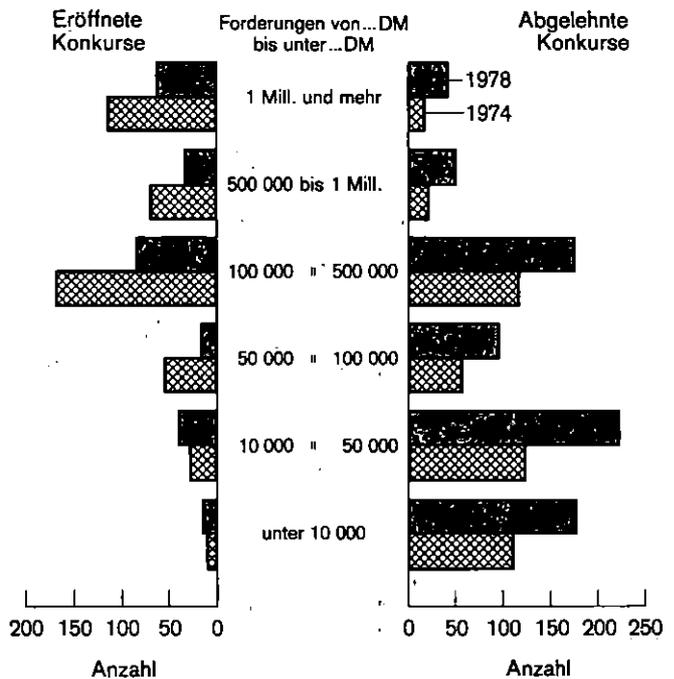
Ausblick

Im Jahre 1978 ging die Zahl der Konkurse erstmals seit Jahren spürbar zurück. Die seit einiger Zeit abnehmenden Unternehmerkonkurse beeinflussen nun offenbar auch die Liquiditätslage der übrigen Gemeinschuldner positiv. Auch der Anteil der mangels Masse abgelehnten Konkurse erhöhte sich nicht mehr.

⁶ Statistisches Bundesamt, a. a. O., S. 108.

Schaubild 2

Eröffnete und abgelehnte Konkursverfahren nach Forderungsgrößenklassen



93 79

Ob mit diesem relativ günstigen Ergebnis im vergangenen Jahr bereits eine Tendenzwende eingetreten ist, hängt von der weiteren Entwicklung ab. Der Rückgang der Insolvenzfälle hat sich jedenfalls in den ersten vier Monaten des Jahres 1979 fortgesetzt (-14%). Wirken die derzeitigen konjunkturellen Auftriebstendenzen auch in den kommenden Monaten, so kann ein weiteres stärkeres Abnehmen der Konkurswelle erwartet werden.

Dr. Hans Loreth

Preisentwicklung 1978

Niederste Steigerungsraten seit 1969

Der einzige Preisindex von Gewicht, der sich ohne Knick bis zur Währungsreform von 1948 zurückverfolgen läßt, ist der Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen. Die Steigerungsraten der Jahresdurchschnitte dieses Index sind seit 1950 in *Tabelle 1* zusammengestellt; sie vermitteln ein Bild von den Auswirkungen der Preisniveauveränderungen auf den Endverbraucher. Aus der Aufstellung geht zunächst hervor, daß 1978 mit +2,5% die niedrigste Steigerungsrate seit 1969 nachgewiesen wurde. Darüber hinaus läßt sich ablesen, daß dieser letzte Steigerungssatz unterhalb der Mitte aller jährlichen Indexanhebungen seit 1950 liegt: 13mal wurde der Wert von 1978 unter- und 15mal überschritten. Die gesamte Preisniveauanhebung seit 1949 weist dieser Index mit +120,3% aus. Hieraus errechnet sich eine durchschnittliche jährliche Steigerungsrate (geometri-

Tabelle 1
Veränderungen der Jahresdurchschnitte des Preisindex für die Lebenshaltung Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen (1970 = 100)

Jahr	% ¹⁾	Jahr	% ¹⁾	Jahr	% ¹⁾
1950	-3,3	1960	+1,7	1970	+3,2
1951	+7,6	1961	+2,0	1971	+5,1
1952	+2,4	1962	+3,3	1972	+5,4
1953	-1,4	1963	+2,8	1973	+6,4
1954	-0,4	1964	+2,7	1974	+6,4
1955	+1,3	1965	+3,6	1975	+5,6
1956	+3,2	1966	+2,9	1976	+4,7
1957	+2,0	1967	+1,4	1977	+3,8
1958	+2,0	1968	+1,1	1978	+2,5
1959	+0,8	1969	+2,1		

¹⁾ Veränderungsrate gegenüber dem jeweiligen Vorjahr.